



# EINBLICK

## NACHRICHTEN AUS MEINEM WAHLKREIS UND BERLIN

IN DIESER AUSGABE:

SZ-Interview zum Wettskandal	2
Richtige Diagnose, falsches Rezept	3
Finanzen - Das gute Alte und die neuen Übel	4
Veranstaltungsnachlese	5



### Ottmar Schreiner kommt zum Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands Biberach



Ottmar Schreiner, MdB

Spannend wird es zum Jahresauftakt: Ottmar Schreiner, SPD-Bundestagsabgeordneter aus Saarlouis und Bundesvorsitzender der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, kommt zum Neujahrsempfang des SPD-Kreisverbands Biberach. Auf dem SPD-Bundesparteitag in Dresden habe ich Schreiner, der als scharfer Kritiker der Agenda 2010 und profiliertes linker Sozialdemokrat bekannt ist, eingeladen und freue mich sehr über seine Zusage.

Seit 1980 ist Schreiner Mitglied des Deutschen Bundestags, war sozialpolitischer Sprecher und stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion und leitete als Bundesgeschäftsführer zwei Jahre die organisatorischen Geschicke der Partei. Seit 2000 ist er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Ottmar Schreiner wird am

**Mittwoch, 13. Januar 2010**

**um 19.30 Uhr**

**im Knopfstadel Warthausen**

Stellung zur politischen Lage und der Neuaufstellung der SPD nach der Bundestagswahl nehmen.

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich zur Veranstaltung eingeladen. Ich freue mich auf Ihr Kommen!



*Liebe Bürgerinnen,  
liebe Bürger,*

mit Riesenschritten nähert sich der Jahreswechsel. Für die Sozialdemokratie in Deutschland war 2009 ein Jahr großer Anstrengungen und bitterer Enttäuschungen. Ich glaube aber, es war auch ein gelungener Neuanfang in der Opposition – mit Frank-Walter Steinmeier als Fraktionschef und Sigmar Gabriel an der Spitze der SPD.

So schmerzhaft der Ausgang der Bundestagswahlen auch für uns war, so sehr habe ich mich darüber gefreut, dass ich als einer von deutschlandweit zwei Sozialdemokraten sogar einen Stimmengewinn bei den Erststimmen erzielen konnte. Mit diesem Rückenwind aus der Heimat werde ich meine Arbeit im 17. Deutschen Bundestag fortsetzen.

Als frisch gewählter sportpolitischer Sprecher unserer Fraktion werde ich der Sozialdemokratie auf diesem Gebiet, das mir persönlich sehr am Herzen liegt, eine starke Stimme verleihen. Auch im Finanzausschuss und als stellvertretender Sprecher der SPD-Arbeitsgruppe Rechtsextremismus sowie als Mitglied im Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung werde ich meine Arbeit in dieser Legislaturperiode fortsetzen können.

Ich wünsche Ihnen allen besinnliche Festtage und einen guten Start ins Jahr 2010!

### Neujahrsempfang der Jusos mit Herta Däubler-Gmelin

Der Juso-Kreisverband Biberach veranstaltet im Januar wieder einen Neujahrsempfang, auf den ich an dieser Stelle gerne aufmerksam mache.

Bundesjustizministerin a. D. Herta Däubler-Gmelin wird am

**Freitag, 29. Januar 2010**

**um 18.00 Uhr**

**im „Altes Haus“, Kolpingstr. 36, Biberach**

zum Thema „Klimawandel und Krise. Wo bleibt die Sozialdemokratie?“ vortragen und mit den Anwesenden diskutieren. Auch hier sind alle Interessierten herzlich eingeladen, an der Diskussionsveranstaltung teilzunehmen.

SZ-INTERVIEW VOM 3. DEZEMBER MIT MARTIN GERSTER, SPORTPOLITISCHER SPRECHER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION AUS BIBERACH, ZUM WETTSKANDAL  
„WIR BRAUCHEN INTERNATIONALE REGELN“

Berlin - Mit einem wenig angenehmen Thema hatte sich Martin Gerster gestern im Bundestags-Sportausschuss zu befassen: dem Sportwettenskandal. Der Biberacher SPD-Abgeordnete ist in der neuen Legislaturperiode sportpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Patentlösungen hatte der 38-Jährige im Gespräch mit SZ-Redakteur Joachim Lindinger keine parat – aber: „Wir brauchen einen Mix an Prävention, Überwachung, aber auch Sanktionen.“

SZ: Wenn Sie wetten könnten, ob beim Landesliga-Duell zwischen dem FV Biberach und dem VfB Gutenzell morgen Abend Gast oder Gastgeber den ersten Eckball in der 2. Halbzeit bekommen – was würden Sie setzen?

Martin Gerster: Ich war zwar Jugendspieler, Stadionsprecher und Pressewart beim FV Biberach, aber eine solche Wette würde ich auf gar keinen Fall abschließen – sie ist ganz einfach viel zu leicht zu manipulieren.

SZ: Genau diese Live-Wetten, bei denen man während eines Fußballspiels – online, anonym und mit ständig wechselnden Quoten – auf die aberwitzigsten Geschehnisse tippen kann, gelten als höchst manipulationsanfällig. Der Glücksspielstaatsvertrag verbietet das Veranstalten und Vermitteln öffentlicher Glücksspiele hierzulande zwar, ausländische Anbieter aber schert das offenbar wenig. 3000 Sportwettenseiten sollen derzeit im Internet für deutsche Kunden zugänglich sein. Was kann die Politik tun?

Gerster: Da wir den gültigen Glücksspielstaatsvertrag der Bundesländer haben, gibt es deutschlandweit nur einen legalen Anbieter für Sportwetten. Es gibt in der Tat

einen großen Graubereich im Internet, aber ich bin der Meinung, dass wir mit unserem begrenzten Sportwettenmarkt hier sehr gut fahren. Aus meiner Sicht muss man den Leuten klipp und klar sagen: „Wenn ihr wirklich legale Sportwetten abschließen wollt, dann müsst ihr das bei Oddset machen!“ Alles andere erscheint mir etwas fragwürdig zu sein.

SZ: Sehen Sie eine Möglichkeit, von Deutschland aus diesen fragwürdigen Bereich in den Griff zu bekommen?

Gerster: Ja. Wir haben gerade eben in der Sportausschuss-Sitzung auch darüber beraten, dass wir Regeln auf internationaler Ebene brauchen, dass wir verstärkt auch Aufklärung betreiben müssen und dass wir Präventionsmaßnahmen angehen müssen.

SZ: Der Deutsche Fußball-Bund spricht sich in Person seines Präsidenten Theo Zwanziger dafür aus, den Wettmarkt zu liberalisieren und neben der staatlichen Sportwette Oddset private Anbieter zuzulassen, „die dann unter strenger staatlicher Kontrolle stehen“. Ein Verbot nämlich treibe „die Zocker auf den illegalen Wettmarkt“. Ein Standpunkt, den Sie teilen?

Gerster: Mit Theo Zwanziger persönlich habe ich darüber noch nicht gesprochen, aber DFB-Vizepräsident Rainer Koch hat das heute noch einmal im Ausschuss vorgelesen. Ich verstehe, ehrlich gesagt, die Argumentation nicht ganz: Wenn es einen grauen Markt gibt, kann ich doch diesen nicht bekämpfen, indem ich ihn jetzt sozusagen legalisiere. Das Problem wird doch dadurch nicht gelöst, dass ich den Markt ganz freigabe. Ich muss viel eher noch stärker versuchen, die Leute dazu zu bringen,



Mit der neuen Vorsitzenden des Sportausschusses, Dagmar Freitag, MdB. Foto: Deutscher Bundestag

bei einem seriösen Anbieter ihre Sportwetten abzuschließen.

SZ: Viele der nicht seriösen, obskuren Online-Buchmacher haben ihren Sitz in Gibraltar, Malta oder anderen Steueroasen. Sie können viel attraktivere Quoten anbieten, weil sie keine Konzessionsabgaben an den Staat leisten müssen. Wie ist da gegenzusteuern?

Gerster: Gute Frage – Patentlösungen gibt es wirklich nicht. Heute wurde deutlich, dass die meisten dieser Werten ja in Asien abgeschlossen werden. Sonst hätte ich gesagt: „Wir brauchen eine Diskussion auf europäischer Ebene.“ Aber dass vor allem in Asien gesetzt wird – auch auf deutsche Fußballspiele –, macht die Problematik nicht einfacher. Ich glaube aber, wenn man private Anbieter jetzt zulässt, wird das Problem sicher nicht kleiner.

SZ: Der Sport hat sich – als Konsequenz etwa aus dem Fall „Hoyzer“ – ein aufwendiges Frühwarnsystem geschaffen, das allerdings a) die unteren Ligen nur unzureichend erfasst und b) bei Live-Wetten kaum greift. Müsste, könnte man das verfeinern –

Fortsetzung auf Seite 3

und: Wären nicht auch massivere Sanktionen wie Punkt- abzüge, Zwangsabstieg oder ein Antikorruptionspassus im Spielervertrag eine notwendige Forderung an den Sport?

Gerster: Zunächst muss man sagen, dass der Deutsche Fußball-Bund und die deutsche Fußball-Liga sehr gut reagiert haben nach dem Skandal um Robert Hoyzer. Trotzdem ist es so, dass die Maßnahmen offenbar nicht ausreichen, denn sonst würden wir heute nicht wieder über Maßnahmen gegen Wettbetrug diskutieren. Es zeigt sich einfach auch, dass offenbar in Deutschland die 2. bis 5. Liga besonders interessant sind, weil dort wohl eine hohe Glaubwürdigkeit da ist – also das Vertrauen, dass in diesen Ligen alles noch mit rechten Dingen zugeht. Wir müssen jetzt erst mal schauen, was bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Bochum rauskommt, und müssen dann –

wenn Ergebnisse vorliegen – über Konsequenzen nachdenken. Ich denke, wir brauchen einen Mix an Prävention, Überwachung, aber auch Sanktionen. Ob das letztendlich bedeutet, dass man verstärkt in Richtung Punkt- abzug, Zwangsabstieg denkt, muss man sehen. Ich will da wirklich die Ergebnisse der Ermittlungen abwarten.

SZ: Bayerns Justizministerin Beate Merk hat den Entwurf eines Sportschutz-Gesetzes ausarbeiten lassen, das den Sport bei Tatbeständen wie Doping, Bestechung, Manipulation, umfassend dem Strafrecht unterstellen will. Ein hilfreicher Ansatz?

Gerster: Ich fände das überlegenwert. Zunächst muss man aber abwarten, was die Ermittlungen ergeben und ob es wirklich gesetzlichen Regelungsbedarf gibt. Ich will

das jetzt nicht ausschließen, aber auch nicht aktiv fordern.

SZ: Wann gewährt die Staatsanwaltschaft Bochum Akten- einsicht?

Gerster: Wir hoffen, dass sich vor Weihnachten noch was tut. Natürlich ist es ein Problem für viele Vereine, dass sie unter Generalverdacht gestellt werden, dass man dem Fußball im Moment gar nicht mehr wirklich traut. Deshalb drängen wir schon darauf, dass mit einem gewissen Tempo die Ergebnisse auf den Tisch gelegt werden. Aber: Gründlichkeit geht hier vor Schnelligkeit.

## RICHTIGE DIAGNOSE, FALSCHES REZEPT

Die ersten Monate der neuen Bundesregierung als Fehlstart zu bezeichnen, ist unter Journalisten zwar weit verbreitet; es handelt sich jedoch um eine charmante Untertreibung. Mit Franz Josef Jung musste bereits wenige Wochen nach Beginn der neuen Wahlperiode der erste Minister seinen Hut nehmen. Unter seiner Nachfolgerin Kristina Köhler droht die schwarzgelbe Koalition einen hoch problematischen ideologischen Kurswechsel vorzunehmen, der vieles von dem gefährdet, was in den vergangenen Jahren im Kampf gegen den Rechtsextremismus erreicht werden konnte.

So sieht der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD vor, die bislang prioritär für den Kampf gegen Rechtsextremismus aufgewendeten Mittel verstärkt zur Bekämpfung von Linksextremismus und Ausländerextremismus verwenden zu wollen. So richtig und wichtig es ist, alle Formen von Extremismus zu bekämpfen, so kurzfristig und

realitätsfremd erscheint es, die bezüglich ihres Gefahrenpotentials willkürlich gleichzusetzen.

Seit 1990 sind in Deutschland 46 Menschen durch rechtsextremistisch motivierte Gewalt ums Leben gekommen. Mit der sächsischen NPD ist es einer rechtsextremen Partei, die Hitler und die Nationalsozialisten offen verherrlicht und die BRD erklärtermaßen „abwickeln“ will, zum zweiten Mal gelungen in ein Landesparlament einzuziehen. Köhler – schon in ihrer Zeit als einfache Bundestagsabgeordnete heftig betriebene – Gleichsetzungsrhetorik unterstellt, man spreche bei Rechts-, Links- und Ausländerextremismus von Problemen gleicher Größenordnung.

Ein Blick auf die Bereiche des Rechts und des Linksextremismus zeigt jedoch, dass laut Verfassungsschutzbericht 2008 die erschreckende Zahl von 19.894 rechtsextrem motivierte Straftaten lediglich 3.124 linksextrem motivierter

Vorfällen gegenübersteht. Im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität verzeichnet der Bericht für 2008 ganze 1.312 Fälle.

Angesichts dieser ungebrochenen Bedrohungslage, das gesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus durch getarnte Mittelkürzungen auszubremsen, ist verantwortungslos und gefährlich für unsere Demokratie. Umso Besorgnis erregender ist es, dass die entsprechenden Programme nun in der Hand einer Ministerin liegen, deren Polemiken zu Zuwanderungs- und Extremismusfragen seit Jahren vom rechten Rand begeistert beklatscht werden.

## FINANZEN – DAS GUTE ALTE UND DIE NEUEN ÜBEL

Auf dem Feld der Finanzpolitik geht die Arbeit im Deutschen Bundestag ebenfalls weiter – wenn gleich unter veränderten Vorzeichen. Gerade in der Arbeitsgruppe Finanzen war deutlich zu spüren, wie schmerzhaft der personelle Aderlass für die Sozialdemokraten war, da viele erfahrene Kolleginnen und Kollegen nicht mehr im neu gewählten Bundestag vertreten sind. Weder der finanzpolitische Sprecher Ulrich Krüger, noch seine Stellvertreterin Nina Hauer oder unsere Steuerexpertin Gabriele Frechen konnten ein Mandat erringen. An die Spitze der Arbeitsgruppe wählte die Fraktion deshalb die Rastatter Abgeordnete Nicolette Kressl. Stellvertreter wurden Ingrid Arndt-Brauer und der Heidelberger Finanzexperten Lothar Binding. Mit drei von neun Arbeitsgruppenmitgliedern ist Baden-Württembergs SPD somit gut in diesen Gremien vertreten.

Bereits das erste finanzpolitische Projekt der neuen Bundesregierung bot aus sozialdemokratischer Sicht massiv Anlass zu Kritik. Als „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ wollte Schwarz-Gelb ihr eilig zusammengeschustertes Paket zur Befriedigung von Klientelinteressen verstanden wissen. Doch bereits in der Anhörung zum Gesetzentwurf zeigte sich rasch, dass ein Großteil der Experten weite Teile des Gesetzesvorhabens ablehnte. Sei es, weil die Finanzierung zu weiten Teilen auf dem Rücken der Länder erfolgen sollte, sei es, weil die in Aussicht gestellten konjunkturellen Effekte durch die vorgesehenen

Maßnahmen nicht zu erreichen sind. Insgesamt stellt sich das Gesetzeswerk in erster Linie als unsystematisches Wahlgeschenk an Besserverdienende dar, die in überproportionalem Maße von den erhöhten Kinderfreibeträgen und der Rücknahme zentraler Teile der Unternehmenssteuerreform profitieren dürften. Und dass nun gerade die FDP, die immer massiv für eine radikale Beschneidung von Subventionen und eine Vereinfachung der Steuersystematik geworben hatte, weitere Umsatzsteuerausnahmen für Hoteliers und Campingplätze schafft, setzt dem „Schuldenabbauverhinderungsgesetz“ die Krone auf. Deutlicher hätten Unionsparteien und FDP nicht untermauern können, dass sämtliche Warnungen vor den finanz- und wirtschaftspolitischen Irrwegen von Schwarz-Gelb im Vorfeld der Wahl mehr als begründet waren.

### **Steuerpläne der schwarz-gelben Koalition: Hände weg von Nachtschicht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen**

Während Einzelbranchen hofiert werden, bereitet das von Wolfgang Schäuble geführte Finanzministerium bereits erste Schritte vor, auf Kosten hart arbeitender Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu sparen. Ein aktuelles Gutachten des Finanzministeriums sieht vor, die Steuerbefreiung auf Zuschläge für Sonntags-, Nacht- und Feiertagsarbeit zu streichen. Ein verheerendes Signal für jene Beschäftigten, die beispielsweise im Pflegebereich tätig sind und sich

dem Dienst in Ausnahmeweiten kaum entziehen können. 2008 waren 19,25 Millionen Menschen von solchen atypischen Formen der Arbeitszeit betroffen. Das sind 59,1 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen. 8,52 Millionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiteten an Sonntagen. Gut 5,13 Millionen arbeiten nachts. Diese Zahlen sind Ausdruck einer anhaltenden Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die sich auch durch eine Abschaffung des Steuerprivilegs nicht ändern wird.

CDU und FDP war die Steuerbefreiung schon lange ein Dorn im Auge. Pläne zu ihrer Abschaffung konnte die SPD 2005 noch verhindern, indem sie das Festhalten an der Steuerbefreiung zur Grundvoraussetzung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Union machte. Nun werden wir aus der Opposition heraus einen Antrag stellen, der die Bundesregierung verpflichten soll, an der Steuerbefreiung festzuhalten, ungedeckte Steuerensenkungen zu vermeiden und notwendige Sparmaßnahmen nicht ohne Rücksicht auf soziale oder ökologische Belange zu beschließen. Ich freue mich, dass ich diesen Antrag bei der letzten Plenarsitzung diesen Jahres für die Sozialdemokratie vertreten durfte.

**Impressum:**

**Martin Gerster, MdB**

Büro Berlin:  
Deutscher Bundestag  
11011 Berlin  
Telefon: (030) 227 74711  
Fax: (030) 227 76721  
E-Mail: martin.gerster@bundestag.de

Bürgerbüro Biberach:  
Poststraße 7  
88400 Biberach  
Telefon: (07351) 300 3000  
Fax: (07351) 300 3001  
E-Mail: martin.gerster@wk.bundestag.de

**V.i.S.d.P.**

Martin Gerster, MdB

**Redaktion und Layout**

- Berlin:

Beate Klein  
Oliver Stegemann  
Alexander Geisler

- Biberach:

Wolfgang Heinzl

Die Redaktion freut sich über Kritik und Anregungen.



**Rückmeldung:**

Wenn Sie den „Einblick“ künftig nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie bitte eine Mail an mein Büro:  
martin.gerster@bundestag.de

**POLITISCHER MARTINI IN LAUPHEIM MIT WOLFGANG DREXLER „DIE SPD IST DIE SCHIENENPARTEI“**

23.11.2009 - LAUPHEIM - Wolfgang Drexler, stellvertretender Landtagspräsident, SPD-Abgeordneter und Sprecher des Bahnprojekts Stuttgart-Ulm, hat beim Politischen Martini der SPD in Laupheim deutliche Worte gefunden. Er machte wie der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster seiner Partei wieder Mut und stellte außerdem die Vorteile des Bahnprojekts Stuttgart 21 heraus.

In seiner kurzen Begrüßung hatte zuvor Frederic Striegler, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Laupheim, das starke Engagement der SPD im Landkreis Biberach herausgestellt. „Die SPD hier bei uns im Kreis wird stärker und wir gewinnen ständig Mitglieder hinzu“, so Striegler, „wir sind eine Mitmachpartei.“

Auch Martin Gerster machte Mut und wies auf seinen Erststimmenzuwachs von knapp vier Prozent hin: „Ein Licht in der Dunkelheit.“ Doch dieses positive Zeichen werde von dem katastrophalen Wahlausgang der Bundestagswahl insgesamt überschattet, der seine Ursache unter anderem in Fehlentscheidungen, der 2005 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung und der fehlenden Machtopion der SPD, abgesehen von einer weiteren großen Koalition, gehabt habe. Anspielend auf die Tradition des Abends, meinte er: „So gut wie St. Martin passt keiner zur SPD, außer vielleicht St. Nikolaus, der ist sozial, gerecht und rot.“ Der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung hingegen sei vieles, aber nicht barmherzig.

„St. Martin würde sich beim Anblick dieses Vertrages auf sein Pferd setzen und davonreiten.“ Fakt sei, dass das Volk durch diese Wahl viele von der SPD hart erkämpfte Rechte und Strukturen nun wieder verlieren werde, zum Beispiel das paritätisch finanzierte Gesundheitssystem. Im Koalitionsvertrag seien auch keine Maßnahmen für Menschen vorgesehen, die mit sittenwidrigen Löhnen leben müssten. „Arbeit muss sich wieder lohnen, auch für Menschen, die hart arbeiten müssen für 3-4 Euro die Stunde, und von denen gibt's auch im Landkreis Biberach viele.“ Der Wahlspruch der FDP gelte anscheinend nur für die, die sowieso schon zu viel Geld haben. „Es wird mit Steuerentlastungen genau den Menschen geholfen, die diese Hilfe nicht brauchen.“ Diese Auffassung Martin Gersters bekam von den rund 50 Anwesenden im Laupheimer Gartenheim viel Beifall.



Wolfgang Drexler MdL beim Politischen Martini in Laupheim. Foto: privat

„Die SPD muss wieder mit den Menschen ins Gespräch kommen“, ergänzte Wolfgang Drexler. 75% der Bürger hielten die Gesellschaft nicht für gerecht, 80% fänden die Atomenergie schlecht, 65% wollten ein paritätisch finanziertes Sozialsystem und 70% ein gerechtes Einkommenssteuersystem. „Doch um diese Chance zu nutzen muss die SPD sich öffnen“, so Drexler. „Man muss vermitteln, was sozialdemokratische Politik ist“, eine Stärke die die SPD noch bis in die 90er Jahre hinein hatte. „Wenn wir unsere Glaubwürdigkeit wieder haben, sind die Konservativen weg von der Regierung.“

Wolfgang Drexler berichtete zudem über die Planungen zu Stuttgart 21, Kosten etwa vier Milliarden Euro, mit der neuen ICE-Strecke von Stuttgart nach Ulm, Kosten noch einmal zwei Milliarden Euro. Seit 1992 vertritt die SPD dieses Projekt, das von Bund, Land und der EU finanziert wird. Auch ein zusätzlicher Bahnhof am Flughafen soll dafür sorgen, dass die Straßen in und um Stuttgart ruhiger werden, nicht zuletzt, weil sich beispielsweise die Zugfahrtzeit Ulm – Stuttgart damit auf 28 Minuten halbiert. „Wir wollen, dass sich bei Strecken unter 700 Kilometern das Flugzeug nicht mehr lohnt“, erklärte Drexler. Wer wie die Grünen das Projekt Stuttgart 21 ablehne, hänge Baden-Württemberg vom internationalen Schnellbahnnetz ab und mache die Schiene unattraktiv, deshalb gelte: „Die SPD ist die Schienenpartei.“

Zum Abschluss ehrte Ortsvereinsvorsitzender Striegler das Ehepaar Hedwig und Rolf Emmerich für 40 Jahre Parteizugehörigkeit mit Urkunden und Geschenken und benannte die Verdienste der beiden: „Hedwig hatte beinahe jedes Vorstandsamt inne, unter anderem war sie Vorsitzende und organisierte 1996 die Hundertjahrfeier der Laupheimer SPD. Rolf war 13 Jahre Kreisrat und 31 Jahre Gemeinderat; sein politisches Kind ist das Museum zur Geschichte von Christen und Juden in Laupheim, das es ohne ihn nicht geben würde.“